

Politische Abteilung II
p.B.15.21.Afr.S.-HDA/PEM

Bern, 15. Dezember 1993

C:/daten/hda/suedafr/besboth/bericht

BERICHT ÜBER DAS TREFFEN DES AUSSENMINISTERS DER REPUBLIK SÜDAFRIKA, R.F. BOTHA, MIT BUNDESRAT F. COTTI, EGERKINGEN, 8. 12. 1993

Der Aussenminister der Republik Südafrika, Roelof Frederik (Pik) Botha (B.), ist anlässlich eines privaten Besuches in der Schweiz am 8. Dezember 1993, von Bundesrat Flavio Cotti (BRC) zu einem Treffen eingeladen worden.

Lage in Südafrika

B. unterstrich die in den letzten drei Jahren erzielten, beträchtlichen innenpolitischen Fortschritte in Südafrika. Zur Ermöglichung der Gespräche habe Gottes Vorsehung beigetragen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und deren Rückzug aus dem südlichen Afrika (Angola, Namibia) habe eine langjährige, schwere Bedrohung beseitigt und eine Annäherung zwischen Regierung und ANC, welche vor drei Jahren noch aufeinander geschossen hätten, erlaubt. Nelson Mandela sei sich bewusst, dass der **ANC Südafrika nicht allein wird regieren können**, und dass das Ueberleben auch des ANC vom wirtschaftlichen Fortschritt des Landes abhängen wird. Mandela versuche die Erwartungen seiner Anhänger zu dämpfen. Er strebe die Präsidentschaft an, und es falle ihm nicht immer leicht die ANC-Basis zu disziplinieren. Der ANC akzeptiere inzwischen einen föderalistischen Staat und einen klarer formulierten Menschenrechtskatalog. Dank der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verfüge Südafrika nun über eine **relativ gute Uebergangsverfassung**, welche Prinzipien festlegt, die im kommenden Parlament nur mit Zweidrittelsmehrheit geändert werden können.

Die grösste, wenn auch nicht übertriebene **Sorge von B. gilt den rechtsgerichteten Kräften**, welche über ein gewisses Störpotential verfügten. Ex-General C. Viljoen, Führer der Afrikaner Volksfront, den er noch aus dem Angola-Krieg kenne, sei eine vernünftige Persönlichkeit, jedoch ein "typischer Militärmann". Die drei Millionen Afrikaaner und insbesondere die 600'000 über Fünfzigjährigen mit militärischer Ausbildung seien ernst zu nehmen. Andererseits führe der Wegfall der gemeinsamen Bekämpfung der Apartheid zu vermehrter Gewalt unter Schwarzen selbst.



Schwer sei der Umgang mit Chief Buthelezi, Präsident der "Inkatha Freedom Party". Dieser isoliere sich selbst und reagiere gegenwärtig auch auf vorgeschlagene Besuche im Ausland abschlägig. Sein Zusammengehen mit der Conservative Party, "eine der rassistischsten Bewegungen dieser Erde", stelle eine Ironie dar. Der Inkatha-Präsident habe sich in der Vergangenheit sehr für die Freilassung Mandelas eingesetzt und sich deswegen während zehn Jahren geweigert, mit der Regierung zu sprechen. Während die Kontakte zwischen der Regierung und dem ANC im Verlauf der letzten drei Jahre weltweit hohe Publizität erhielten, seien kaum Gespräche zwischen dem ANC und dem Inkatha-Präsident zustande gekommen. Auch sei das Misstrauen zwischen dem ANC und Buthelezi nach wie vor gross. Als erschwerend wirkten zudem Elemente der Zulu-Tradition; Buthelezi werde vom Zulu-König abgelehnt (repudiated). Es sei auch **Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der westlichen Länder - auch des schweizerischen Botschafters in Pretoria - Buthelezi auf den rechten Weg hinzuweisen.**

B. entwarf ein **düsteres Bild vom "mittleren Gürtel" Afrikas** südlich der Sahara, welcher "sterbe". Länder wie Angola, Zaire, Somalia, Sudan, Aethiopien und Burundi, sowie künftig eventuell auch Uganda und Rwanda zerfielen. Dasselbe treffe generell auch für die Infrastrukturen in der Region zu. Es wolle dort "niemand mehr leben oder investieren". Um im neuen internationalen Kontext zu überleben, müssten Grundprinzipien wie Demokratie, Marktwirtschaft, Meinungsäusserungs- und Religionsfreiheit, Recht auf Privatbesitz, Unabhängige Gerichtsbarkeit, Vernünftige Budgetpolitik und GATT-Regeln eingehalten werden. Die Weltöffentlichkeit warte auf eine "Erfolgsgeschichte" aus Afrika, wobei gegenwärtig nur im südlichen Afrika Hoffnung bestünde. In seinen Ausführungen über die Region erwähnte B. jüngste Gespräche mit der Regierung von Zimbabwe zur Normalisierung der Beziehungen.

B. gab sich im übrigen davon überzeugt, dass die Regierungspartei (National Party), als stärkste (falls sie 15 % der schwarzen Stimmen erringe), oder zumindest als starke Partei aus den Wahlen in Südafrika hervorgehen werde. Er empfiehlt, die Meinungsumfragen nicht allzu ernst zu nehmen. Die NP, welche sich ein sozialdemokratisches Profil geben will, verliere zwar gegenwärtig weisse Stimmen, gewinne jedoch solche von Schwarzen und Farbigen. Der ANC, welcher eher unter sozialistischen Vorzeichen in den Wahlkampf steige, wird gemäss B. keine 50% der Wählerstimmen erreichen.

Bilaterales

B. schätzt die klassische Schweizer **Neutralität und betonte die Glaubwürdigkeit, welche die Schweiz in Südafrika genieesse**. Im Gegensatz zu anderen Ländern hätten wir uns auch

in den dunklen Tagen der Apartheid gegenüber seinem Land korrekt verhalten. In diesem Sinne habe er auch im damaligen Zeitpunkt die Ablehnung eines UNO-Beitritts durch die Schweiz begrüsst. Schweizerische Beiträge an die Wählerausbildung dürften beispielsweise nicht zur ANC-Propaganda dienen, sondern hätten an Institutionen zu gelangen, die nicht dem ANC naheständen. Zu diesen zählten die "Independent Electoral Commission" (IEC), welche demnächst eingesetzt werde. B. wies im weiteren darauf hin, dass UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali den früheren algerischen Aussenminister Ibrahimi als Koordinator für die kommenden Wahlen einsetzen will. B. würde eine **Unterstellung der schweizerischen Wahlbeobachter unter die Obhut der UNO begrüssen.**

Nach einer Würdigung der südafrikanischen Reformen, welche sich in historischen Dimensionen abspielten, betonte BRC, dass die **Unterstützung dieses Prozesses eine eindeutige Priorität der schweizerischen Aussenpolitik** darstelle, welche die Schweiz im Rahmen ihrer Mittel in die Tat umsetze. Die entsprechenden Anstrengungen seien in jüngster Zeit noch verstärkt worden. Die Schweiz eigne sich dazu aufgrund der ausgezeichneten Beziehungen zu den wichtigen politischen Protagonisten - zur Regierung, zum ANC wie zur Inkatha Freedom Party - und auch aufgrund guter kultureller Voraussetzungen. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen vom 27. April 1994 sei unser Land auch gewillt, Südafrika **100 Wahlbeobachter zur Verfügung zu stellen**, die z.T. noch ausgebildet werden müssen. In einem Gespräch mit Boutros-Ghali wird BRC klären, ob die Schweizer Wahlbeobachter der UNO unterstellt werden. Weitere Möglichkeiten wären eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit der EU oder ein bilaterales Vorgehen. BRC stellte ausserdem die **Zurverfügungstellung einer hochrangigen, international bekannten Schweizer Persönlichkeit für die IEC** in Aussicht. B. will die IEC diesbezüglich informieren. Gemäss BRC hat unsere **Unterstützung für die Wählerausbildung breiten südafrikanischen Bevölkerungskreisen zugute zu kommen und auf neutrale Weise** zu erfolgen. Er bat daher die südafrikanische Seite, uns mitzuteilen, wenn dies nicht der Fall sei.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Paketes der positiven Massnahmen (seit 1986) erwähnte BRC, dass unter Mitwirkung des Föderalismusinstitutes der Universität Freiburg, eine **Delegation von Vertretern des ANC und der Afrikaner Volksfront zum Studium des dezentralen Staatsaufbaus in der Schweiz** weile, und die Kantone Jura und Freiburg besuche (8. - 11. Dezember 1993). BRC hielt ausdrücklich fest, dass die Schweiz bereit sei, auch andere Leistungen zu erbringen. Er erwähnte als Beispiel die von Botschafter Jaquet aufgebrachte Idee **eines Seminars im Monat Januar**. Die Anliegen müssten aber von südafrikanischer Seite formuliert werden.

Gemäss B. **treffen sich die südafrikanischen Botschafter in Europa im Januar 1994 in der Schweiz** (auf dem Wolfsberg) zu einer Konferenz. B. beabsichtige, den "Subcouncil" für auswärtige Angelegenheiten des **Uebergangsexekutivrates** auf eine Reise nach Europa, Japan und Amerika zu senden, um diesen der Komplexität der internationalen Beziehungen auszusetzen. B. wäre froh, wenn dieser auch in der Schweiz empfangen werden und über die politische und wirtschaftliche Lage sowie über unsere Zukunftserwartungen informiert werden könnte. Es wäre wünschenswert, wenn **ein Vertreter der Schweizer Regierung, am besten BRC, vor diesem Gremium sprechen könnte**. Die südafrikanische Seite wird uns diesbezüglich noch genauere Details bekanntgeben.

Die von Botschafter Jaquet während des Gesprächs aufgebrachte Idee, die Schweiz zu ersuchen, der hiesigen südafrikanischen Gemeinschaft (2'500 Stimmen (sic)) eine briefliche Abstimmung zu ermöglichen, wurde vom südafrikanischen Aussenminister selbst nicht unterstützt.

B. hob ganz besonders hervor, dass Südafrika in weit grösserem Ausmasse als bisher Investitionen, eine Ausdehnung des Handels, Technologien und know-how benötige. Wie in einer freien Marktwirtschaft üblich, könnten dabei für die Schweizer Partner Gewinne herauspringen. In diesem Zusammenhang **erwähnte BRC, dass der Abschluss eines Investitionsschutzabkommens von Nutzen sein könnte, was B. vorbehaltlos bejaht**. Laut B. kann nun, nach der erfolgten Einsetzung des erwähnten "Subconcils" für auswärtige Angelegenheiten, mit entsprechenden Expertengesprächen begonnen werden. BRC erklärte, dass wir jederzeit zur Zusammenstellung einer entsprechenden Delegation bereit seien.

Abschliessend wurde **BRC von B. zu einem Besuch in Südafrika eingeladen**. BRC erklärte, dass er eine **regionalen Botschafterkonferenz im September 1994 in Südafrika** durchzuführen gedenke.

Zu den südafrikanischen Gesprächsteilnehmern zählten im weiteren: André Jaquet, Botschafter der Republik Südafrika in der Schweiz, Riaan Eksteen, UNO-Botschafter der Republik Südafrika in Genf, V. Zazeraj, Direktor im südafrikanischen Aussenministerium sowie A. Marais, Media Liaison Officer im südafrikanischen Aussenministerium.

Auf Schweizer Seite waren präsent: Botschafter H. Reimann (Chef der PAII), F. Egle (Chef Presse und Information), D. Martinelli (Diplomatischer Berater für politische Fragen des Departementsvorstehers), D. Hacner (PA II)

Kopie:

- Sekretariat BRC
- KE
- Sekretariat KE
- Politisches Sekretariat
- Politische Abteilung III, Dienst für Friedensfragen
- D.I.O., Sektion Vereinte Nationen und internationale Organisationen
- DV, Sektion für Menschenrechte
- **DEH, Sektion Ostafrika**
- Finanz- und Wirtschaftsdienst
- Rechtsberater, Botschafter L. Caflisch
- RX, FMD, HDA
- Schweizerische Botschaft, Pretoria

- EVD, BAWI, USA, Kanada, Südafrika

15.12.93

an	HAR	SHE	CH	Fm			
datum	16.12	H	212				
visa		H	u.f				d
EDA			16.12.93				15
Ref.	1 712-5 (2)						

Politische Abteilung II

Bern, 15. Dezember 1993

p.B.15.21.Afr.S.-HDA/PEM

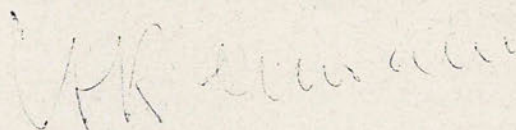
C:/daten/hda/sucdafr/besboth/notanbrc.doc

Informationsnotiz

Treffen mit dem Aussenminister der Republik Südafrika, R. F. Botha,
Egerkingen, 8. Dezember 1993

In der Beilage erhalten Sie den Bericht über den obenerwähnten Besuch.

Politische Abteilung II



H. Reimann

Beilage: erwähnt